

Verlag St. Joseph.
Verbreitung des
reich Zeitung
g. 8. 11. 12.
Der Vorstand.

bahn-Verein.
Donnerstag
be von Kainit
Kamp. 11278
Der Vorstand.

verkauft?
häuser

nd ohne Ge
Fabriken,
pflanze aller
Stadt und
v. gesucht.

Angebote erh.
Hilge & Co.,
Hannover.

lagenes abm
er. Preisen, eine
Büge (zum wach
und) u. eine Partie
hner preiswert zu
1928

meile
handel
handlung
ning.

Kinderkleider,
lagen usw.
Billigsten Preisen
ot.

hay,
Telefon 347.

Boholt L. W.

maschine
270 cm Arbeits-
mäßen.
u. die Geschäfte.

ruck

alt.
die
estellt.

al
as Leder

alt.
die
estellt.

al
as Leder

alt.
die
gestellt.

al
as Leder

Bochholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Niedern und Werth

51. Jahrgang

Freitag, den 24. Februar 1922

Nummer 46

Vorbesprechung Lloyd Georges und Poincare's.

Ein Gehartitel der Times.
LONDON, 23. Febr. Daily Telegraph zufolge wird die Unterredung Lloyd Georges und Poincare's wahrscheinlich in oder in der Nähe von Boulogne stattfinden; sie wird nur einige Stunden dauern und sich mit gewissen politischen Punkten befassen, die in der französischen Note vom 6. Februar bezüglich des Programms der Konferenz von Genua aufgeworfen wurden. Times berichtet, die britische Regierung erkenne jetzt an, daß die Verschiebung der Konferenz unvermeidlich sei, indessen wünsche Lloyd George aus parlamentarischen und anderen Gründen, wie es angenommen werde, daß die Konferenz nicht später als Ende März abgehalten werde. Laut Daily News wird die Verschiebung der Konferenz um 10 Tage, die nach Lloyd Georges Ansicht ausreichend sei, sicher Poincare nicht genügen, der ebenso wie Beneß für eine Verschiebung der Konferenz um mindestens drei Wochen sei. Es habe mehr oder weniger den Anschein, als ob die Konferenz von Genua in der Hauptsache eine Erörterung über Rußland mit Rußland sein werde. Es bestünde die Aussicht, daß in den Besprechungen zwischen den beiden Premierministern Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt werden. Beneßs Besuch in Paris und London habe zu einer Annäherung der britischen und der französischen Regierung geführt. Daily Telegraph zufolge kann angenommen werden, daß im Verlaufe der Unterredung, die am Montag nachmittag zwischen Poincare und dem britischen Botschafter stattfand, „das Eis zwischen den beiden Regierungen gebrochen wurde.“ Poincare habe anscheinend dem britischen Botschafter Mindestgarantien mitgeteilt, die von der britischen Regierung verlangt würden, bevor er der Entscheidung von französischen Sachverständigen zustimmt, und zum Ausdruck gebracht, daß er den französischen Botschafter in London ersuchen werde, Lord Curzon in dieser Hinsicht zu konsultieren. Unter diesen von Poincare verlangten Garantien, die die Unantastbarkeit des Versailler Vertrages, sowie die Funktionen des Völkerbundes und vollkommene Ausschließung der Reparationsfrage von der Konferenz betreffen, scheint Poincare sich bereit gezeigt zu haben, die Vorbereitungen für die Konferenz von Genua zu fördern und in persönlichen Gedankenaustausch mit Lloyd George oder anderen britischen Ministern zu treten. Daily Telegraph zufolge kann angenommen werden, daß in der darauffolgenden Unterredung zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter in London diese Fragen behandelt und daß dabei gute Ergebnisse erzielt würden.

PARIS, 23. Febr. Petit Parisien schreibt zu der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincare, es handle sich bei der Unterredung um Fragen, die das französische Memorandum vom 6. Februar aufgeworfen habe. Offiziell scheint bereits über die folgenden Streitpunkte Einigkeit erzielt worden zu sein: Auf der Genuaer Konferenz werde kein Friedensvertrag besprochen werden, ebenso wenig Reparationen, ferner werde der Völkerbund beauftragt werden, die Probleme zu behandeln, die die Konferenz nicht selbst behandeln werde. Weiter soll der Völkerbund später die Ausführung der Entscheidungen der Konferenz überwachen. Ferner scheint man sich offiziell noch dahin geeinigt zu haben, daß die Konferenz um einige Wochen verschoben werde, daß die Teilnahme der Sowjets nicht ihre Anerkennung de jure nach sich ziehe, daß aber, selbst wenn die Konferenz eine Anerkennung nicht für zulässig erachten sollte, trotzdem die Möglichkeit offen gelassen werde, ein wirtschaftliches Abkommen mit den Sowjets zu treffen. Endlich soll die Verpflichtung, die in Cannes vorgelesen wurde und durch die die Nationen das Versprechen geben, einander nicht anzugreifen, nur in Form einer einfachen Resolution, nicht durch formelle Konvention, bestätigt werden.

LONDON, 23. Febr. Die Times schreiben in einem Leitartikel, die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Poincare ver-

spreche fruchtbar zu werden, da, wie verlautet, bereits eine Grundlage für die Erörterung erzielt sei. An erster Stelle unter den politischen Fragen stehe die Haltung der Alliierten gegenüber den Bolschewisten und gegenüber Deutschland. England und Frankreich müßten zu einem klaren und festen Uebereinkommen gelangen, daß die Zulassung Deutschlands und der Bolschewisten unter keinen Umständen die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung bedeute. Scharfe Vorsichtsmaßnahmen vor Zusammentritt der Konferenz von Genua gegenüber Deutschland seien nicht weniger notwendig als gegenüber Rußland. Deutschland sei in einer Verwirrung begriffen, um dem Friedensvertrage von Versailles den Boden auszusuchen. Die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands müsse erwogen werden, bevor Deutschland mit den Alliierten auf der Konferenz zusammentreffe. Die Alliierten müßten, daß Deutschland eine vorläufige Politik des Staatsbankrotts verfolge, Deutschland müsse gezwungen werden, der Ausgabe von Papiergeld Einhalt zu tun und die Mark wiederherzustellen. Die Deutschen und die Russen verfluchten, England und Frankreich zu verurteilen. Der einzige Weg, um den Deutschen und den Bolschewisten entgegenzutreten, sei ein englich-französisches Uebereinkommen, um das sich andere Nationen scharen. Die erste Bedingung zu einem solchen Uebereinkommen sei die volle Uebereinstimmung in der Politik über Deutschland zu befolgen sei, sowie die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages als Grundlage, nach der irgendwelche angemessene Veränderungen vorgenommen werden könnten durch die Organe, die der Vertrag selbst geschaffen habe, nämlich durch die Reparationskommission und den Völkerbund. Das werde hoffentlich der Grundlag sein, der am Samstag angenommen werde.

Das Wiederaufbaukonförium.
LONDON, 23. Febr. Die Besprechungen der alliierten Delegierten, die sich mit der Frage eines internationalen Konföriums für den Wiederaufbau Europas befassen, wurde heute fortgesetzt. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem Bericht des Wobaten Braun, der das Statut für das Hauptkonförium entwerfen soll. Hierauf erfolgten Erörterungen juristischer Art. Es wurde beschlossen, daß die Deutschen und die dänischen Sachverständigen zur Teilnahme an der nächsten Konferenz eingeladen werden.

Die österreichischen Kreditfrage.
LONDON, 23. Febr. Der Hauptauschuß des Völkerbundes wird morgen zu einer Sitzung, um die Frage der Kredite für Österreich zu erörtern.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.
LONDON, 23. Febr. Die Arbeiten des weitesten Teiles der Unterausschüsse sind bereits beendet, auch die Arbeiten der anderen Ausschüsse sind soweit gediehen, daß nunmehr ein Ueberblick über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist. So hofft man, daß das gesamte Vertragswerk gegen Ende nächster Woche erledigt sein werde, jedoch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen.

Im wesentlichen hatten noch die Probleme des Unterausschusses 5 (Wirtschaftsfragen), 7 (Gewerkschaftsfragen), 10 (wichtige Disputationsfragen), 11 (Wirtschaftsfragen) und 12 (zwischenstaatliche Organisationen) der Lösung. Nebrigens schweben eine Anzahl von Nebenvertragsverhandlungen, die in Polen (Banden), in Warschau (Elektrizität, in Berlin (Leitung der Anapshafen) usw. weitergeführt werden. Besonders stark ist der Gegensatz in der Währungsfrage. Die Arbeiten im 12. Unterausschuß weisen übrigens schwierige juristische Fragen auf.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen beweist von neuem, daß es leichter ist, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu erschaffen, als sie nachher wieder zusammenzuführen. Immerhin ist man sich auf den Punkt und wohl auch auf polnische Seite darüber klar, daß die gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Genfer Abkommens entscheidend sind, sondern auch als Prüfstein für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen angesehen sind.

BERN, 23. Febr. Der französische Botschafter teilte Dienstag dem Bundesrat mit, daß

die französische Regierung bei der italienischen Regierung eine Verschiebung der Genuakonferenz beantragte.

BUDAPEST, 23. Febr. Heute fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bethlen in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Wirtschaftslebens eine Beratung über die Teilnahme Ungarns an der Genuaer Konferenz statt. Zur Vorbereitung und Bearbeitung des in Genua zur Verhandlung gelangenden Materials wurde eine Unterkommision ernannt. Ungarn wird in Genua durch Ministerpräsident Bethlen und den früheren Finanzminister Teleszky vertreten sein.

Das französisch-belgische Abkommen.
BRUSSEL, 23. Febr. Die Kammer nahm einen Gesetzesentwurf an, wodurch das französisch-belgische Abkommen vom 25. 10. 1921, betreffend die Regelung der Konflikte, die sich auf Kriegsschäden beziehen, gebilligt wird.

„Nicht eine Erklärung!“

LONDON, 23. Febr. Im Unterhause fragte Hodge, ob Clemenceau auf der Friedenskonferenz in Paris am 20. Februar 1919 Memoranden zugunsten einer dauernden Befestigung des linken Rheinufers unterbreitet habe und ob Clemenceau dieselben Forderungen auf einer Zusammenkunft mit Präsident Wilson und den Premierministern am 14. März erhoben habe. Chamberlain erwiderte, angesichts der Veröffentlichungen im Auslande über die Verhandlungen der Friedenskonferenz erwäge die Regierung die Frage, ein Memoire darüber herauszugeben, bevor eine Entscheidung erfolgt sei, wolle er jedoch lieber keine Erklärung abgeben.

Fransösisch-chinesische Verhandlungen.
PARIS, 23. Febr. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten stimmte dem Bericht Reynalds über die chinesische Industriebank zu, wonach die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der französischen und chinesischen Regierung gebilligt wird, um eine Lösung zu suchen, die der französischen materiellen und moralischen Interessen nützen soll.

Die Stimmzettel.

LONDON, 23. Febr. Der Dubliner Kommit der Stimmzettelorganisationen ist heute erst wieder um 1 Uhr mittags zusammengetreten. De Valera teilte sofort mit, daß zwischen den Führern der Parteien ein Abkommen getroffen worden sei, dahingehend, daß erstens der Kommit um drei Monate vertagt würde, um den Unterzeichneten des Londoner Abkommens Zeit zu geben, die Verfassung des Freistaates auszuarbeiten, daß zweitens das Dail Eireann seine Tätigkeit fortsetzen sollte und keine Abstimmung im Dail Eireann als ein Parteibotum betrachtet werden dürfe, das den Willen des Präsidenten und der vorläufigen Regierung zur Folge haben müßte. In der Zwischenzeit sollten keine Wahlen abgehalten werden. Nach Wahlvorsprache soll die Verfassung des Freistaates in ihrer endgültigen Form zugleich mit den Artikeln des Londoner Abkommens den neu gewählten Vertretern des Freistaates unterbreitet werden, um dieselbe in handauflegen, sich zwischen Republik und Freistaat zu entscheiden.

Diese Vereinbarung wurde von der Versammlung unter großen Beifallklängeungen einstimmig angenommen.

Genauete Abrechnung De Nicolas.

PARIS, 23. Febr. Der Corriere d'Italia meldet, daß der Kammerpräsident De Nicolas den König vorzählte, daß er auf die Bildung des Kabinetts verzichte. Er rief dem König, Orlando mit dieser Mission zu beauftragen, der in den ersten Nachmittagsstunden beim König erschien.

Deutsches Reich.

Das kommende Amnestiegesetz.

BERLIN, 23. Febr. Wie das Berl. Tagebl. zu dem vom Reichsjustizminister Dr. Radbruch angekündigten Amnestiegesetz hört, wird sich dieses auf die während der Anwesenheit in Mitteldeutschland von den Sondergerichten Verurteilten beziehen, dagegen nicht auf die von den ordentlichen Gerichten in den einzelnen Ländern Verurteilten.

Ein neues Verleumdungsgesetz.

BERLIN, 23. Febr. In der nächsten Kabi-

netisierung wird, wie verlautet, der im Reichsministerium des Innern fertiggestellte Entwurf eines neuen Reichsverleumdungsgesetzes durchgearbeitet werden, um dann alsbald den gesetzgebenden Körperschaften zuzugehen. Wesentliche Bestimmungen des alten Reichsverleumdungsgesetzes von 1906 sind inzwischen durch die Weimarer Verfassung überholt. Die Anpassung des Verleumdungs- und Verleumdungsgesetzes an die Bestimmungen der neuen Verfassung ist bisher von den einzelnen Landesverwaltungen recht verschiedenartig und willkürlich vorgenommen worden. Das Bedürfnis nach einer neuen einheitlichen und der Weimarer Verfassung genau entsprechenden Regelung der Verleumdungs- und Verleumdungsfreiheit soll jetzt möglichst bald befriedigt werden.

Der Stand der Reichshaus.

BERLIN, 23. Febr. Ein dem Reichstag soeben zugegangener Ueberblick über den Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922, der in der Hauptsache nur die bereits bekannten Abschlagszahlen der einzelnen Etats wiederholt und erläutert, gibt eine Aufstellung über den Stand der Reichshaus am 30. Septbr. vorigen Jahres. In diesem Tage betrug die fundierte Schuld 73 495 164 900 Mark. Davon entfielen etwa 57,3 Milliarden auf die fünfprozentigen Anleihen. Durch unverzinsliche Schy-anweisungen waren an schwebender Schuld bis zum gleichen Termin 210 408 460 300 Mark flüßig gemacht. Bewilligt waren Kredite im Betrage von 282 457 293 063 Mark. Rechnet man die weiteren Nachtragsbewilligungen für den Etat von 1921, sowie die durch den Etat von 1922 angeforderten Summen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag der bisher bewilligten und angeforderten schwebenden Kredite von nicht weniger als 578 581 371 541 Mark. Davon waren am 30. September 368 442 911 741 Mark noch offen. In ihnen finden die 189,5 Milliarden Reparationsbeiträge der Etats 1922 enthalten.

Eine Streikablage der Reichsgewerkschaft.

BERLIN, 23. Febr. Seitens der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -wärter wurde in der gestrigen Sitzung zu der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministers Geisner, der sich mit einem etwaigen neuen Streik beschäftigt, folgender Beschluß gefaßt:

Für die Reichsgewerkschaft bleiben die für den Streikabbruch mitbestimmend gewesenen Erklärungen des Reichsleiters hinsichtlich der Maßregelungen auch heute noch allein ausschlaggebend. Nur die Zurücknahme dieser Erklärung durch den Reichsleiter selbst hätte die Frage einer Wiederaufnahme des

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

Streiks

[Faint handwritten notes at the bottom of the page, mostly illegible.]

